

## Amtliche Bekanntmachung Nr. 051/2009

### Bekanntmachung der Haushaltssatzung der Stadt Herzogenrath für das Haushaltsjahr 2009

#### I. Haushaltssatzung der Stadt Herzogenrath für das Haushaltsjahr 2009

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes über die Zusammenlegung der allgemeinen Kommunalwahlen mit den Europawahlen vom 24. Juni 2008 (GV. NRW. S. 514), in Kraft getreten am 16. Juli 2008, hat der Rat der Stadt Herzogenrath mit Beschluss vom 24.03.2009 folgende Haushaltssatzung erlassen:

##### § 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

Im Ergebnisplan mit

Gesamtbetrag der <b>Erträge</b> auf	<b>93.006.720</b>	<b>EUR</b>
Gesamtbetrag der <b>Aufwendungen</b> auf	<b>96.958.990</b>	<b>EUR</b>

Im Finanzplan mit

Gesamtbetrag der <b>Einzahlungen</b> aus <b>laufender</b> Verwaltungstätigkeit auf	<b>90.806.720</b>	<b>EUR</b>
--	-------------------	------------

Gesamtbetrag der <b>Auszahlungen</b> aus <b>laufender</b> Verwaltungstätigkeit auf	<b>88.165.090</b>	<b>EUR</b>
--	-------------------	------------

Gesamtbetrag der <b>Einzahlungen</b> aus der <b>Investitionstätigkeit</b> und der <b>Finanzierungstätigkeit</b> auf	<b>9.520.000</b>	<b>EUR</b>
---	------------------	------------

Gesamtbetrag der <b>Auszahlungen</b> aus der <b>Investitionstätigkeit</b> und der <b>Finanzierungstätigkeit</b> auf	<b>12.890.600</b>	<b>EUR</b>
---	-------------------	------------

festgesetzt.

##### § 2

Der Gesamtbetrag der **Kredite**, deren Aufnahme für **Investitionen** erforderlich ist, wird auf **2.794.900 EUR**

festgesetzt.

##### § 3

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

**4.823.200 EUR**

festgesetzt.

##### § 4

Die Verringerung der **Ausgleichsrücklage** zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf **3.952.270 EUR**

festgesetzt.

##### § 5

*(deklaratorisch)*

Der Höchstbetrag der **Kredite**, die zur **Liquiditätssicherung** in Anspruch genommen werden dürfen, ist auf

**24.500.000 EUR**

festgesetzt.

## § 6

(deklaratorisch)

Die **Steuersätze** für die Gemeindesteuern sind für das Haushaltsjahr 2009 wie folgt festgesetzt:

- |    |  |                  |
|----|--|------------------|
| 1. | Grundsteuer                                      |                  |
|    | für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe |                  |
|    | (Grundsteuer A) auf                              | <b>260 v. H.</b> |
|    | für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf          | <b>380 v. H.</b> |
| 2. | Gewerbsteuer auf                                 | <b>410 v. H.</b> |

## § 7

(entfällt)

## § 8

Die im Stellenplan Teil B: Tariflich Beschäftigte enthaltenen ku-Vermerke gelten mit der Maßgabe, dass diese Stellen beim Ausscheiden der Stelleninhaber in Stellen einer niedrigeren Entgeltgruppe umgewandelt werden.

## § 9

### Regelungen zur flexiblen Haushaltsführung

#### 1. Bildung von Budgets

Zur flexiblen Haushalts-Ausführung werden mehrere Produkte zu Budgets zusammengefasst. Die Budgetbildung ist dem Haushaltsplan zu entnehmen.

Innerhalb der Budgets werden Erträge und Aufwendungen der laufenden Verwaltungstätigkeit zusammengefasst.

Die konsumtiven Auszahlungen bilden ein Budget.

In den Budgets ist jeweils die Gesamtsumme der Erträge und die Summe der Aufwendungen für die Haushaltsausführung verbindlich. Das gleiche gilt auch für die Einzahlungen und Auszahlungen.

Die Fachbereiche haben sicherzustellen, dass die Bewirtschaftung ihrer Budgets nicht zu einer Verschlechterung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit führt.

Es wird darüber hinaus bestimmt, dass bei einer vorliegenden Zweckbindung Mehrerträge die Ermächtigungen für die entsprechenden Aufwendungen erhöhen. Bei Mindererträgen vermindern sich die entsprechenden Ermächtigungen für Aufwendungen.

Gleichfalls dürfen zweckgebundene Mehreinzahlungen bei investiven Maßnahmen für Mehrauszahlungen verwendet werden.

#### 2. Zentrale Bewirtschaftung

Als Ausnahmen zur o.a. Budgetbildung werden im Zuge einer flexiblen Haushaltsbewirtschaftung folgende Aufwendungsarten, die produktübergreifend einen Deckungsring bilden, zentral bewirtschaftet:

- a) Personalaufwendungen  
Die Personalaufwendungen bilden produktübergreifend einen Deckungsring bis zur Höhe der im Konzept zur Reduzierung von Personalkosten bei der Stadt Herzogenrath festgesetzten Ermächtigung der Gesamtaufwendung.
- b) Telefon- und Postgebühren
- c) Interne Leistungsverrechnungen
- d) Ausnahme : Verfügungsmittel des Bürgermeisters  
Die Verfügungsmittel des Bürgermeisters sind gesondert anzugeben. Eine Überschreitung des Ansatzes, die Verbindung mit anderen Haushaltspositionen und die Übertragung nicht verwendeter Mittel in das Folgejahr ist nicht zulässig.

### 3. Verpflichtungsermächtigungen

Einzelne Verpflichtungsermächtigungen können auch für andere Investitionsmaßnahmen in Anspruch genommen werden.

Der in der Haushaltssatzung festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen darf hierbei jedoch nicht überschritten werden, anderenfalls ist eine Nachtragshaushaltssatzung zu beschließen.

Bei (neuen) Verpflichtungsermächtigungen für Investitionsmaßnahmen, die nicht in der Finanzplanung des Folgejahres enthalten sind, ist anhand der Finanzplanung ein Deckungsvorschlag in Höhe der (neuen) Verpflichtungsermächtigung für das entsprechende Jahr zu unterbreiten.

### 4. Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Als unerheblich im Sinne des § 83 Absatz 2 GO NRW gelten überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, wenn Sie im Einzelfall den jeweiligen Haushaltsansatz um nicht mehr als 40.000 € übersteigen, gleiches gilt für außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, dabei ist folgendes zu beachten:

1. Die Erheblichkeitsgrenze gilt für einzelne Investitions- bzw. Rückstellungsmaßnahmen.
2. Bei zahlungswirksamen Aufwendungen gilt die Erheblichkeitsgrenze für das jeweilige Aufwandskonto.

Mehraufwendungen und -auszahlungen, die den Haushalt nicht belasten (Innere Verrechnungen, Spendenverwendungen, Durchlaufende Gelder u.ä.) sowie Jahresabschlussbuchungen gelten als unerheblich.

Mehraufwendungen und -auszahlungen bei den Sachkonten „Gewerbesteuerumlage“ und „Beteiligung Fonds Deutsche Einheit (Erhöhung Gewerbesteuerumlage)“ gelten als unerheblich, wenn sie durch höhere Gewerbesteuererträge bzw. -einzahlungen gedeckt sind.

Mehraufwendungen und -auszahlungen beim Sachkonto „Kreisumlage“ gelten als unerheblich, wenn sie durch höhere Schlüsselzuweisungen gedeckt sind.

Überplanmäßige Personalaufwendungen und -auszahlungen bei einzelnen Produkten/Teilprodukten gelten als unerheblich, solange die Gesamtpersonalaufwendungen/-auszahlungen insgesamt nicht überschritten werden (siehe hierzu auch 2.)

Außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, die durch das Umnummerieren von Sachkonten ( u.a. unterjährige Änderungen durch das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW ) entstehen und keine Ansatzserhöhung zur Folge haben, gelten als unerheblich.

Über die Leistung über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen bis zur Höhe von 40.000 € entscheidet grundsätzlich der Kämmerer.

Diese sind dem Stadtrat vierteljährlich zur Kenntnis zu bringen mit Ausnahme von Einzelmaßnahmen, die ein Volumen von 3.000,00 € unterschreiten, bei denen auf eine detaillierte Darstellung verzichtet werden kann.

Erhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Stadtrates.

### 5. Nachtragssatzung/Nachtragshaushalt

Eine Nachtragssatzung ist unverzüglich aufzustellen, wenn

1. ein Jahresfehlbetrag von mehr als 3 % des Gesamthaushaltsvolumens der Erträge und Aufwendungen entstehen wird,
2. Steigerungen der Aufwendungen oder Auszahlungen von mehr als 4 % im Verhältnis zu den Gesamtaufwendungen bzw. Gesamtauszahlungen vorliegen,
3. Auszahlungen für bisher nicht veranschlagte Investitionen in Einzahlung und Auszahlung saldiert den Gesamtbetrag von 1.000.000 € übersteigen (Sonderregelung zum Konjunkturpaket II).

Abweichungen bei den Ansätzen für die Abschreibungen und die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten führen nicht zu einer Nachtragssatzung, solange ein dadurch entstehender höherer Fehlbetrag durch eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage gedeckt werden kann.

## **6. Wertgrenze für die Veranschlagung einzelner Investitionsmaßnahmen**

Die Wertgrenze für die Veranschlagung und Abrechnung einzelner Investitionsmaßnahmen wird auf 40.000 € festgesetzt.

## **II. Bekanntmachung der Haushaltssatzung**

Die vorstehende Haushaltssatzung mit ihren Anlagen für das Haushaltsjahr 2009 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen ist gemäß § 80 Abs. 5 GO NRW dem Landrat als untere staatliche Verwaltungsbehörde in Aachen mit Schreiben vom 23.04.2009 angezeigt worden.

Der Haushaltsplan liegt gemäß § 80 Abs. 6 GO NRW bis zum Ende der Auslegung des Jahresabschlusses nach § 96 Abs. 2 GO NRW im Rathaus Herzogenrath, Rathausplatz 1, Zimmer 207, während der Dienststunden öffentlich aus und ist unter der Adresse [www.herzogenrath.de](http://www.herzogenrath.de) im Internet verfügbar.

### **Hinweis:**

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung oder Anzeige fehlt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Herzogenrath, den 29.06.2009  
Christoph von den Driesch  
Bürgermeister